

Doch oft genug seien gebröchene Ehen sakramentale, unlösliche Vereinigungen. In solchen Fällen müsse eine Antwort auf die schwierige Frage nach pastoralem Beistand gesucht werden, doch dürften die Seelsorger gleichzeitig nichts tun, was „die Lehre Christi bezüglich der Schönheit und Bedeutung der Ehe untergräbt“. Doch eigene Wege pastoraler Hilfe weisen die Bischöfe in dem Dokument nicht. Auf Kritik stießen auch die Ausführungen über Ehe und Kind. Und das war zu erwarten, denn unmißverständlich werden alle Kontrazeptiva abgelehnt, weil sie vielleicht dem „Liebe-Schenken“, nicht aber dem „Leben-Schenken“ als den beiden als untrennbare Werte bezeichneten Inhalten des Geschlechtsaktes gerecht werden. Gebilligt wird nur die „natürliche Familienplanung“. Ebenso klar ist die Absage an vor- und außereheliche Beziehungen. Zum Thema Homosexualität heißt es: Wie jeder andere dürfe auch ein Homosexueller nicht unter Vorurteilen zu leiden haben. Sie hätten ein Recht auf Respekt, Freundschaft und Gerechtigkeit. Dies bezieht sich jedoch eindeutig nur auf die „homosexuelle Orientierung“. „Homosexuelle Aktivität“ dagegen sei „moralisch unrichtig“. Wie die Heterosexuellen sollten die Homosexuellen ein Zeugnis der Keuschheit geben und „ein Verhalten vermeiden, das für sie ebenso unrichtig ist wie nichteheliche sexuelle Beziehungen für Heterosexuelle“.

Kaum Widerspruch fanden die *Aussagen über die alten Menschen*, in denen sich die Bischöfe u.a. gegen eine künstliche Lebensverlängerung für Sterbende aussprechen. Der Respekt für die Ungeborenen und damit die Frage der Abtreibung wird überraschend kurz angesprochen. In dem Absatz über die *Rolle der Frau* in der Gesellschaft wird zugegeben, daß in der Kirche noch viel zu tun ist, um den Frauen einen angemessenen Platz einzuräumen. Ansonsten aber begnügt sich das Dokument mit dem Hinweis auf die Marienverehrung in der Kirche als Ausdruck der Würde der Frau und auf heiliggesprochene Frauen. Die Ausführungen über den gebotenen Respekt für *rassische und ethnische*

Gruppen, über Arbeitsbeschaffung und Wohnverhältnisse, Kriminalität und die Rolle des Individuums als Träger persönlicher Verantwortung enthalten teils durchaus markante Aussagen, entsprechen aber fast vollständig den teilweise in den Schlußfolgerungen sogar noch weitergehenden Resolutionen von Detroit. Dies trifft auch zu für die Ausführungen im dritten Teil über Entwicklung, Friede und Menschenrechte.

Auseinandersetzungen zu erwarten

Die Diskrepanz in den Aussagen der beiden kurz aufeinander folgenden Konferenzen von Detroit und Washington liegt im Grunde nur in dem Kapitel „Familie“ bzw. „Ehe und Sexualität“. Hier stimmt kaum etwas überein. Und hier setzte auch der Zweifel vieler Bischöfe an dem Wert des Hirtenbriefes ein. Die Haupt Einwände in der Aussprache gingen dahin,

nach Verabschiedung dieses Dokumentes könne man einen Teil der Ergebnisse von Detroit im Mai 1977 nicht mehr berücksichtigen. Durch diesen Brief würden die Bischöfe in der Ausübung ihres Lehramtes von „Teilen des Volkes Gottes isoliert“, ihre so scharf definierte Position mache einen Dialog mit den Theologen schwer. Außerdem berücksichtige der Brief in dem Teilbereich Sexualmoral kaum die bereits jetzt überall im Lande praktizierte Pastoral (Erzbischof *Peter Gerety* von Newark, N. J.). Bemängelt wurde zudem in einer längeren Aussprache, daß keinerlei Verständnis für die gegen die Normen Verstößenden zum Ausdruck gebracht werde und die Bischöfe weit hinter anderen Bischofskonferenzen wie z. B. der Deutschen zurückbleiben. Trotz dieser Einwände fand das Dokument mit 172 zu 25 Stimmen die erforderliche Mehrheit. Damit dürfte auch eine wichtige Vorentscheidung für das Schicksal der Detroit Resolutionen gefallen sein.

N. S.

Neue ökumenische Initiative der Church of England

Die Generalsynode der Church of England wagte auf ihrer Tagung Mitte November einen zögernden Schritt in Richtung auf eine „organische Einheit“ der getrennten Kirchen. Aber das ihr vorliegende Dokument ihrer Kommission für Kircheneinheit, ein sog. „Zehn-Thesen-Vorschlag“, der schon auf der Julitagung der Generalsynode von etwa 100 Synodalen befürwortet worden war, enthält schwerwiegende Mängel, die sowohl von der anglikanischen „Faith-and-Order“-Gruppe wie auch von römisch-katholischer Seite mit erheblichen Einwänden bedacht wurden, zumal in Fragen der Lehre über die Eucharistie wie die Apostolische Sukzession. Ein umfangreicher Leitartikel der „Church Times“ vom 5. November 1976 warnte vor einem zu hastigen Vorgehen und erinnerte daran, daß das Unionsschema mit den Methodisten 1973 auch an den Modalitäten des Versöhnungsgottesdienstes

gescheitert war, weil konservative Kreise in beiden Kirchen die gewollte Zweideutigkeit in den Definitionen des kirchlichen Amtes als „Priesteramt“ zurückgewiesen hatten und der Versuch nach Aussage des damaligen Primas Erzbischof *Ramsey* in völliger Finsternis endete. Auch sei mit dem Einspruch der Anglikaner in der Church of England zu rechnen, die keine Belastung des Verhältnisses zur Orthodoxen Kirche wie zur Kirche von Rom wünschen. Tatsächlich meldeten sich diese anglikanischen Einsprüche alsbald zu Wort, mitten hinein in die Tagung der Generalsynode („Church Times“ 12. 11. 76, S. 14). Eines der überzeugendsten Argumente war: Wenn die Church of England sich über Glaubensfragen nicht einig ist, wie kann sie dann eine durchdachte Strategie der Wiedervereinigung mit anderen christlichen Kirchen versuchen?

Unklarheit in der Substanz

Dennoch erbrachte die Aussprache in der Sitzung der Generalsynode vom 12. November trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten über Punkt 5 und 6 des Einheitsdokuments einen vorsichtigen Beschluß („Church Times“ 19. 11. 76, S. 4). Er nahm Punkt 5 an: „Wir stimmen überein, daß von einem vorgesehenen Datum an in den zum Bund vereinigten Kirchen (covenanting) die Initiationsriten gegenseitig anerkannt werden sollen.“ Dagegen wurden für Punkt 6 weitere Klärungen gefordert. Er lautet: „Wir kommen überein, daß von dem vorgesehenen Datum an die ordinierten Amtsträger der anderen im Bunde vereinigten (covenanting) Kirchen als wahre Amtsinhaber für Wort und Sakrament in der Heiligen Katholischen Kirche anerkannt werden, und wir sind einverstanden, daß alle dann folgenden Ordinationen von Amtsträgern der zum Bund vereinten Kirchen nach einem gemeinsamen Ordinationsritual erfolgen sollen, das in geeigneter Weise die bischöfliche, die presbyteriale und die Laienordination einbezieht.“ Der katholische Leser wundert sich nicht, daß die Generalsynode forderte, bis zu ihrer nächsten Sitzung im Februar 1977 eine weitere Klärung des Inhalts herbeizuführen. Das gilt für Lehrfragen allgemein, soweit darüber in den bekannten Konsensdokumenten von Theologen des ÖRK und der Church of England Einigung erzielt wurde, so daß der Versuch eines „Bundes“ gewagt werden könnte. Dieser Beschluß wurde von einer großen Mehrheit angenommen. Aber das besagt nicht viel, wenn man die Aussprache im Plenum mit den vorgetragenen Argumenten überdenkt.

In dem Beschluß der Generalsynode zur weiteren Klärung der Voraussetzungen war ausdrücklich verlangt, „daß alle covenanting Churches bischöfliche Weihen haben sollten in Kontinuität mit dem historischen Episkopat“ und daß zweitens „Einvernehmen erzielt werden sollte über die Mittel, durch welche die gegenseitige Anerkennung der Ämter erzielt wird“.

Handschlag statt Handauflegung?

Einer der dunkelsten Punkte war der Vorschlag, das dogmatische Problem der „Handauflegung“ zu lösen, indem man statt dessen die moderne Form des „Handschlags“ einführt, um den Bund zu bekräftigen. Der Vorsitzende der anglikanischen „Faith-and-order“-Gruppe, Bischof *Eric Kemp* von Chichester, plädierte dennoch für die Fortsetzung der Unionsgespräche auf dieser Basis und bestritt heftig, es handle sich hier um eine Verzögerungstaktik, damit nicht das Scheitern der Unionsversuche offenkundig wird. Andere Sprecher erinnerten daran, daß die Church of England nicht ihre „Illusionen über das Bischofsamt“ anderen zur Anerkennung vorlegen könne. Wieder andere verwiesen auf den langen Atem, mit dem die römisch-katholische Kirche geduldig ihre Reformen durchführt. Man weiß nicht, ob dieser Sprecher daran dachte, daß der katholische Erzbischof von Westminster jetzt allmählich daran geht, die römisch-katholische Kirche in England mit einer Art Pastoralkonzil aus dem Traditionalismus zur lebendigen Tradition des Zweiten Vatikanum zu führen, nachdem dieses auch in England immer stärker angezweifelt wird. Immer wieder kehrte das Argument, man könne nicht von anderen Kirchen erwarten, daß sie die Pluriformität der Church of England annehmen, da diese keiner Einmütigkeit fähig sei.

Man könnte sich fragen, warum nach den bitteren Erfahrungen mit dem anglikanisch-methodistischen Unionschema noch einmal solche ökumenische Improvisation versucht wird. Dafür sind aber folgende Gründe erkennbar: Erstens kommen die auf dogmatische Perfektion zielenden Konsensdokumente der Theologen bei den Laien und vielen Klerikern nicht an. Zweitens wächst, zumal unter der jungen Generation, das Verlangen nach praktischen Lösungen einer Kirchenunion. Man muß daher „den Topf am Kochen halten“, damit nicht enthusiastische Basisgruppen eigene Wege gehen, was wiederum durch ungenügende kirchliche Dokumente ge-

fördert werden könnte. Drittens, und darauf verweist ein Bericht von *Robert Nowell* in NC-News Service (12. 11. 76), ist die Generalsynode durch die Teilnahme der *ökumenischen Kommission des katholischen Episkopats*, der auf die „Zehn Punkte“ ausführlich, allerdings auch recht kritisch, eingegangen ist, gleichsam moralisch verpflichtet, das Nachdenken über weitere Wege zur Vereinigung der verschiedenen christlichen Kirchen fortzusetzen.

Die richtigen Maßstäbe

Wer von der Annahme ausgeht, daß in dieser heiklen Sache Erfolge gesucht werden müßten, wird ihr nicht gerecht. Vorerst sind die *Denkprozesse* und das Mitdenken der Laien vordringlich, zumal der ÖRK auf der letzten Tagung von „Faith and Order“ ebenso wie die „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ des vaticanischen Einheitssekretariats und des ÖRK die Weisung ausgegeben hat, statt immer neuer Spitzengespräche der theologischen Fachleute die ökumenische Arbeit in die Basis der Gemeinden zu verlegen, ohne die ein Gelingen an der Spitze fragwürdig bleibt. Man kann gut sagen, wie es auf der Generalsynode der Church of England ein Mitglied der Kommissionen für die Lehre getan hat: „Wir fordern zu wenig, wenn wir eine solide theologische Grundlage für die Versöhnung abweisen, und meinen, wir könnten es mit goodwill, Unkenntnis und Indifferenz schaffen.“ Eben dieser Redner, Prof. *D. R. Jones*, der für die Universitäten sprach, mahnte, die Ungeduld in und außerhalb der Kirche von England zu bedenken. Andererseits warnte er davor, die verbindliche Autorität und die sakramentalen Ämter der Kirche preiszugeben und damit die Tradition. Man könnte fragen, wo gibt es, außer auf der „Gemeinsamen Synode“ der deutschen Bistümer, die fast schon vergessen ist, in den Kirchen ein ähnliches Bemühen, durch immer neue Diskussion das Wissen um die ökumenische Verpflichtung wachzuhalten? Allerdings hat „Church Times“ dem Beschluß der Generalsynode keine Beachtung mehr geschenkt. *I. P. M.*